

UKRAINISCHE FREIE UNIVERSITÄT

---

# STUDIEN

ZU  
DEUTSCH-UKRAINISCHEN BEZIEHUNGEN

**HERAUSGEBER:** INSTITUT ZUR ERFORSCHUNG  
DER DEUTSCH-UKRAINISCHEN BEZIEHUNGEN

Nr. 2 / 1996



*Katrin Boeckh*

## **DIE DEUTSCHE PROPAGANDA IM "REICHSKOMMISSARIAT UKRAINE"**

Der deutsche Ostfeldzug begann am 22. Juni 1941. Am 16. September 1941 schlossen die deutschen Verbände die vier im Raum Kiev stationierten sowjetischen Armeen ein; ihr Widerstand hielt noch bis Ende des Monats an, dann fiel die Stadt. In den nächsten beiden Monaten drang die Wehrmacht weiter nach Osten und besetzte die gesamte Ost-Ukraine sowie fast die ganze Krim.

Ohne im einzelnen auf die militärischen und ideologischen Begründungen einzugehen,<sup>1</sup> die für Hitler den Ausschlag zum Überfall auf die Sowjetunion gaben, sei vorausgeschickt, daß er sich von der Ukraine zum einen über die dortigen Rohstoffvorkommen (Kohle, Eisenerz, Stahl, Getreide) Unterstützung für die deutsche Kriegswirtschaft erwartete, andererseits spielte das Gebiet als "Lebensraum im Osten", der von seiner Bevölkerung geräumt und von deutschen Siedlern im großen Stil kolonisiert werden sollte, eine Rolle. Dies waren die eigentlichen Ziele der Besatzung; ihnen wurden alle Bereiche des Lebens sowohl der Besatzungstruppen als auch der Bevölkerung untergeordnet.

Die Sicherung der eroberten Gebiete im Osten erforderte ein effektives Regime. Während im Westen der besetzten Ukraine eine Zivilverwaltung installiert wurde, kamen die östlichen Gebiete nach der Eroberung erst unter Militärverwaltung, die sie dann wieder der Zivilverwaltung überließ. Ausgenommen war die Krim, die bis zuletzt unter Militärverwaltung stand, ebenso wie die Ostukraine einschließlich Charkiv und dem Donbas-Gebiet. Administrativ war das Reichskommissariat Ukraine in die Generalbezirke Žytomyr, Luz'k, Mykolajiv, Kiev und

---

<sup>1</sup> Zum politischen und ideologischen Hintergrund der Besetzung der Ukraine vgl. Kamenetsky, Ihor, *Hitler's Occupation of Ukraine (1941 – 1944). A Study of Totalitarian Imperialism*. Wisconsin 1956, S. 1-17.

Dnipropetrovs'k unterteilt, an deren Spitze je ein Generalkommissar stand, dem wiederum jeweils ein Gebietskommissar unterstellt wurde.<sup>2</sup>

Neben den sich ständig verschiebenden Verwaltungsgrenzen verteilte sich die politische Leitung des RKU auf verschiedene Kompetenzen, die sich teilweise überschneiden und sich gegenseitig Konkurrenz machten: Erich Koch, der als Reichskommissar für die Ukraine am 1. September 1941 sein Amt antrat, lieferte sich einen permanenten Machtkampf mit dem Reichskommissar für die besetzten Ostgebiete, Alfred Rosenberg. Dazu kam das Regime der SS, deren in der Ukraine stationierte Truppen dem Himmler-Ministerium in Berlin unterstanden, somit im RKU keine Instanz über sich hatten, die sie hätte kontrollieren können. Ihnen oblag die systematische Tötung von Juden, kommunistischen Funktionären und allgemein "unerwünschten Elementen". Weiter gab es neben der Wehrmacht "Selbstschutz"-Einheiten der indigenen Bevölkerung mit polizeilicher Befugnis.

Grundsätzlich brachte die ukrainische Bevölkerung nach der langjährigen sowjetischen Herrschaft den deutschen Besatzern anfangs große Erwartungen entgegen, in der Annahme, sie würde nun endlich bekommen, was die Sowjets verweigert hatten: die Rückgabe des enteigneten Landes, die Wiedereröffnung von Kirchen und die Gewährung von staatlicher Souveränität, insbesondere eine Forderung der ukrainischen Intelligenz. Die Freude über die Ablösung der sowjetischen Macht schlug aber bald in Enttäuschung um: Die Besatzer machten keinerlei Zugeständnisse, bauten im Gegenteil sogar die Grundlagen der ukrainischen Nationalstaatlichkeit ab und errichteten ein Terrorregime, in dem politische und ideologische Gegner rigoros verfolgt und Ukrainer als "slawische Untermenschen" behandelt und zum Arbeitseinsatz ins "Reich" gezwungen wurden. Angesichts dessen und der harten Lebensverhältnisse mußte die Besatzung dagegen ansteuern, daß in der Bevölkerung eine allzu große Ablehnung aufkam. Wenn man materiell schon keine Anreize geben wollte, denn dies hätte wirtschaftliche Investitionen erfordert, wandte man ein anderes Mittel an, das sich auch bei der Bevölkerung im "Reich" bewährt hatte und dessen Beherrschung zu den dämonischen Meisterstücken der Nationalsozialisten gehörte: die Propagandamaschinerie.

<sup>2</sup> Zur administrativen und territorialen Aufbau des RKU vgl. Jeřábek, Blanka, Das Schulwesen und die Schulpolitik im Reichskommissariat Ukraine 1941-1944. Im Lichte deutscher Dokumente. München 1991, S. 33-40.

## 1. Mittel der Propaganda im RKU

Eine nähere Untersuchung der im RKU betriebenen Propaganda ist in zweierlei Hinsicht von Interesse: einmal vom Inhaltlichen her durch eine Analyse der Themen und der Art der Darstellung insbesondere ukrainischer Fragestellungen, andererseits durch eine Untersuchung, wie sich diese Propaganda auf die Zivilbevölkerung auswirkte – und dies gerade zu einer Zeit, als sich in Deutschland durch die drohende militärische Niederlage bereits der Untergang der NS-Herrschaft abzeichnete.

Die Gewährleistung von funktionierenden Propagandastrukturen war eine der ersten Aufgaben, die von den Verwaltungsorganen wahrgenommen wurde. Dies entsprach der nationalsozialistischen Doktrin, der die gewaltige Breitenwirkung einer gesteuerten Propaganda wohlbekannt war.<sup>3</sup> Daher wurden in den Ostgebieten sofort nach dem deutschen Einmarsch Propaganda-Staffeln installiert mit dem Auftrag, das vorhandene einheimische Personal der Kinos, Theater, Radiosender und Zeitungsredaktionen zu überprüfen und gegebenenfalls zu entlassen, wenn jemand als "verdächtig" auffiel.

Zur weiteren Verbreitung von Propaganda im RKU wurden bestehende Strukturen aufgenommen und durch Formen der Propaganda ergänzt, die der Bevölkerung bisher noch nicht oder noch nicht in dem Maße vorgeführt wurden. Zu den bereits vorhandenen Einrichtungen, die auf die nationalsozialistische Linie gebracht werden mußten, gehörten Zeitungen. Kinovorstellungen und Plakatwerbung wurden von den Besatzern intensiver genutzt als dies zuvor unter den Sowjets der Fall war. Neu war die Einrichtung von Lesehallen. Eine Form der Propaganda, unter der sowjetischen Regierung praktiziert, wurde von den Deutschen nicht aufgenommen: die Verleihung von Orden und Titeln für außergewöhnliche Leistungen der Arbeiter. Mit dieser Maßnahme wollte der

<sup>3</sup> Allgemein zur Propagandapolitik: Sywottek, Jutta, Mobilmachung für den totalen Krieg. Die propagandistische Vorbereitung der deutschen Bevölkerung auf den Zweiten Weltkrieg. Opladen 1976. Hierin ist nur die Zeit bis 1939 behandelt; allerdings wird deutlich, daß in dieser Zeit zwar die Feindbilder der Polen und Tschechen als Völker und der Sowjetunion als Staat als ideologische Gegnerin aufgebaut wurden (zu Grundzügen und Zielen antibolschewistischer Propaganda vgl. S. 106-117), Russen und Ukrainer wurden aber nicht ausdrückliche Objekte deutscher Negativ-Propaganda. Bramsted, Ernest K., Goebbels and National Socialist Propaganda 1925 – 1945. Michigan 1965, S. 244-268, beschreibt die Propaganda deutscher Zeitungen im "Reich" während des Rußland-Feldzuges vor und nach der Schlacht von Stalingrad. Die Propagandaaarbeit in den besetzten Ostgebieten wurde ansonsten noch nicht untersucht.

Kommunismus das Gefühl der Verbundenheit der Bevölkerung mit dem Staat vertiefen und andererseits ein "sowjetisches Nationalgefühl" aufbauen, an dem den Deutschen freilich nichts mehr lag.

### 1.1 Propaganda in Zeitungen und anderen Medien

Die Presse wurde von den Deutschen als Propagandamittel von vornherein ausgiebig genutzt.<sup>4</sup> Ukrainisch- und russischsprachige Zeitungen waren von den Besatzungsbehörden nicht verboten worden, sie wurden allerdings völlig von der Propaganda-Abteilung Ukraine (Prop.Abt. U) kontrolliert, die sie aufbaute, zensierte, betriebstechnisch betreute und finanzierte. Obwohl dies der Bevölkerung bewußt gewesen sein mußte, bestand eine so große Nachfrage nach Zeitungen, daß Erhöhungen der Papierzuteilung erforderlich, aber oft nicht durchführbar waren. Vor Druckereien, in denen ukrainische Zeitungen erschienen, standen zuweilen Schlangen von Lesern.<sup>5</sup>

Insgesamt gab es im Jahr 1942 im RKU 17 regelmäßig erscheinende Zeitungen.<sup>6</sup> Dazu gehörten *Nove Zaporizžja* aus Zaporizžja (dreimal wöchentlich), *Melitopols'kyj Kraj* aus Melitopol' (zweimal wöchentlich), *Azovs'kyj Vistnyk* in Geničesk (zweimal wöchentlich), *Dniprova Chvylja* in Kremenčuk (zweimal wöchentlich), *Večirnij Lystok* in Kremenčuk (dreimal wöchentlich), *Novyj Čas* in Petrynivka (zweimal wöchentlich) und *Holos Poltavščyny* in Poltava (sechsmal wöchentlich).<sup>7</sup>

Wegen Papiermangels mußte die Ausgabenzahl und Auflagenhöhe eingeschränkt werden. Daher konnte man den Anforderungen einiger Rayons, in denen keine Zeitungen erschienen, nicht in genügendem Umfang nachkommen. Insgesamt wurde die Versorgung mit Zeitungen jeder

<sup>4</sup> Zur Pressepolitik der Nationalsozialisten: Sänger, Fritz, Politik der Täuschungen. Mißbrauch der Presse im Dritten Reich. Weisungen, Informationen, Notizen. 1933 – 1939. Wien 1975. Hierin einige Bemerkungen zur Darstellung der Ukraine gegen Ende der dreißiger Jahre auf S. 344-346, 350-351.

<sup>5</sup> Institut für Zeitgeschichte München [im folgenden: IfZ] MA 488/2: Feldkommandantur 197. Militärverwaltungsgruppe. Lagebericht zum 20. 4. 1942. O.U., 20. 4. 1942, hier S. 1. [Die erwähnte, IfZ-interne Signatur MA 488/2 entspricht der Signatur T-501 Roll 34 der National Archives Washington; die weiter genannte IfZ-Signatur MA 488/1 entspricht der National-Archives-Signatur T-501 Roll 33.]

<sup>6</sup> IfZ MA 488/2: Anlage 4 zum Übergabebericht der Prop.Abt. U, 27. August 1942, S.1-2.

<sup>7</sup> Weitere Zeitungen, die nach dem Juni 1941 in der Ost-Ukraine erschienen, in: *Illyt'kyj, Roman, Deutschland und die Ukraine 1938 – 1945. Tatsachen europäischer Ostpolitik*, Band 2, München 1956, S. 286-289.

Art als unzureichend empfunden wohl in gleicher Weise von der Bevölkerung wie von den Besatzern. Zeitungen aus Deutschland waren zwar erhältlich, kamen jedoch unregelmäßig und oft erst einige Wochen nach ihrer Drucklegung an.

Zeitungen informierten auch umgekehrt den reichsdeutschen Leser über die Besatzungsgebiete im Osten: Am 15. April 1943 erschien die erste Nummer der **DOK. Deutsche Ost-Korrespondenz**, die vom Pressechef für die besetzten Ostgebiete in Verbindung mit der Nationalsozialistischen Parteikorrespondenz in Berlin herausgegeben wurde. In einem Geleitwort stellte der Reichsminister für die besetzten Ostgebiete, **Rosenberg**, die Zielsetzung der neuen Publikation zusammen: Die Länder, die vom deutschen Soldaten unter schwersten Opfern erkämpft worden seien, stünden nun in einem geschichtlichen Umwandlungsprozeß. In revolutionärer Gestaltung fänden sie den Weg in die kontinental-europäischen Zusammenhänge und würden so zu Trägern einer neuen Ordnung. Das nationalsozialistische Kämpfertum habe, gestählt und erhardt im Ringen um das Reich, im Osten eine verpflichtende neue Führungsaufgabe gefunden. Die Deutsche Ost-Korrespondenz solle nun Anregung, Material, Ausrichtung und Ansporn zugleich sein, sowohl für die Presse als auch für die Schulungsträger der Partei. Damit werde die Ostarbeit mehr und mehr in das Bewußtsein des ganzen deutschen Volkes rücken.<sup>8</sup> Allgemein sollte das Blatt Informationen jeder Art über die Verhältnisse im Osten, über die sonst geringe Kenntnisse vorhanden waren, vermitteln. Dabei sollte stets die These unterstrichen werden, daß "der Osten der Zukunfts- und Schicksalsraum des deutschen Volkes, ja ganz Europas" sei.<sup>9</sup>

Durch die Gruppe Auslandsinformation bei RMfdbO wurden den deutschen Behörden im Reichskommissariat verschiedene Materialien zur Verfügung gestellt, die aus der Presse von außerhalb des Reiches zusammengestellt oder neu als Propagandaschriften herausgegeben wurden. In der Woche vom 17. bis 22. August 1942 wurden für die Auslandspresse und den Auslandsrundfunk in der Veröffentlichung Nr. 507 unter anderem folgende Themen aufgearbeitet: **Ein Jahr deutsche Ukraine, 1 Jahr deutsche Zivilverwaltung in der Ukraine, Fortschrei-**

<sup>8</sup> IfZ Archiv, Sign. Da 46.08: DOK. Deutsche Ost-Korrespondenz. Nr. 1 (15. April 1943), S. 1.

<sup>9</sup> IfZ Archiv, Sign. Da 46.08 (maschinengeschriebener Text als Beilage zur ersten Ausgabe der DOK. Deutsche Ost-Korrespondenz).

tender Wiederaufbau in der Baustoffindustrie der Ukraine sowie Reges Interesse an der Handwerksausbildung in der Ukraine.<sup>10</sup>

Wenn die Möglichkeiten nicht ausreichten, Propagandamaterial genügend breit zu verteilen, wurden neue Strukturen geschaffen. So richteten die den Besatzungstruppen beigegebenen Propagandastaffeln in fast allen größeren Städten öffentliche Lesehallen an zentralen Stellen ein, in denen Zeitungen, Zeitschriften, Broschüren und Bücher für alle Interessenten auslagen. Beispielsweise richtete man in Mariupol im Stadtpark eine Lesehalle ein, die von der Propagandastaffel mit Material versorgt wurde.<sup>11</sup> Ein deutscher Beobachter berichtete, von besonderem Interesse seien Darstellungen Deutschlands und des Lebens dort gewesen, was wohl damit zusammenhänge, daß viele Ukrainer Angehörige oder Bekannte hätten, die als "Ostarbeiter" nach Deutschland gebracht worden waren. Auch Ausstellungen, wie z.B. "Ein Jahr befreites Simferopol", seien gerne angenommen worden. Teilweise seien die Besucher nur dazu von weither angereist.<sup>12</sup>

Wichtige Mittel der Propaganda wurden Kinos.<sup>13</sup> Sie wurden nach der deutschen Besetzung, soweit es nötig war, wieder instandgesetzt und betriebsfähig gemacht. Oftmals wurden die Filmvorführungen aufgeteilt in Veranstaltungen für die Wehrmacht sowie für die Zivilbevölkerung. Soldatenkinos bestanden beispielsweise in Snov'sk und Černyhiv. Gezeigt wurden Spielfilme – sogar "Rosen in Tirol", – deutsche Landschaftsfilme und deutsche Wochenschauen mit ukrainischen Untertiteln, allerdings klagte man allenthalben über die zu geringe Anzahl der zur Verfügung gestellten deutschen Filme. Russische Filme wurden beschlagnahmt.

In welchem Umfang der Rundfunk zu Propagandazwecken eingesetzt wurde, ist nicht ganz ersichtlich. Bekannt ist jedenfalls, daß die Bevölkerung ihre privaten Radiogeräte hatte abgeben müssen, daß aber gleichzeitig Funkanlagen errichtet wurden.

## 1.2 Leitsätze der Pressezensur in den besetzten Ostgebieten und die Darstellung der Ukraine

Die Pressezensur für die im RKU erscheinenden Zeitungen war rigoros und wurde detailliert vorgeschrieben.<sup>14</sup> Bestimmte Begriffe mußten in der Presse regelmäßig erscheinen und beschrieben werden, z. B. "Arbeitseinsatz" als Maßnahme für die Anwerbung von Arbeitskräften. In diesem Zusammenhang sollte besonders betont werden, daß die Angehörigen von Volksgruppen möglichst geschlossen und ihrer Berufsausbildung gemäß beschäftigt würden. Die Beschäftigung der Arbeiter in der Rüstungsindustrie sollte in den Hintergrund gestellt werden, derjenige in der Gebrauchsgüterindustrie dagegen betont werden.<sup>15</sup> Allgemein war die Propaganda für den Arbeitseinsatz im "Reich" sehr nachhaltig, da ein großer Teil der "Fremdarbeiter" aus den vormals sowjetischen Gebieten kam. Allerdings setzte man bei der Anwerbung nicht nur auf werbewirksame Worte, sondern auch auf brutale Gewalt. Wurde nämlich das erforderliche Zahlenkontingent an Arbeitern für die Industrie und Landwirtschaft nicht erfüllt, nahm man junge Frauen und Männer noch auf der Straße fest und brachte sie unverzüglich nach Deutschland.<sup>16</sup>

Deutschland sollte von der Propaganda im RKU stets in Zusammenhang mit machtmäßiger und kultureller Überlegenheit beschrieben werden. Nicht, wie es hieß, Liebe zu Deutschland, sondern Verständnis und unbegrenzter Respekt war erklärtes Ziel der Berichterstattung. Zugleich sollte das Gefühl dafür geweckt werden, daß die geschichtliche Entwicklung zwangsläufig auf eine Neuordnung Europas im Sinne einer Großraumpolitik hinauslaufe und daß der einzelne unabhängig von seiner Volkszugehörigkeit davon profitieren könne.<sup>17</sup>

Einige Themen erforderten eine ständige Erwähnung: Auf die Juden als "fremde Ausbeuter und Unterdrücker der Völker der Sowjetunion" und als "Kriegstreiber oder Kriegsgewinnler" sowie auf die "Versippung von Juden mit führenden nichtjüdischen Bolschewisten" sei selbstverständlich besonders hinzuweisen.<sup>18</sup> Eine stetige Neubelebung erfordere auch das Thema "bolschewistische Greuel", wodurch das gute Einver-

<sup>10</sup> IfZ Archiv, Sign. Da 46.09: Auslandsdienst Nr. 11. R.M.f.d.b.O.Gruppe Auslandsinformation (I/8-d). Berlin, 24. August 1942, S. 3.

<sup>11</sup> IfZ MA 488/1: Feldkomm. 538 (V), Abt. VII. Lagebericht für die Zeit vom 16. 6. bis 15. 7. 1942. Mariupol, 15. 7. 1942; hier S. 2.

<sup>12</sup> IfZ MA 488/2: Abschlußbericht über die Tätigkeit der Militärverwaltung im Operationsgebiet des Ostens, S. 132.

<sup>13</sup> Zum nationalsozialistischen Einsatz des Mediums Film: Albrecht, Gerd, Der Film im 3. Reich. Karlsruhe 1979; Wulf, J., Theater und Film im Dritten Reich. Reinbek 1966.

<sup>14</sup> Richtlinien für die Pressezensur in den besetzten Ostgebieten. Herausgeber: Pressechef für die besetzten Ostgebiete. o.J. [im Institut für Zeitgeschichte].

<sup>15</sup> Ebenda, s.v. Arbeitseinsatz. Laufende Nr. 9.

<sup>16</sup> Lüdemann, Ernst, Ukraine. München 1995, S. 57-58.

<sup>17</sup> Richtlinien, s.v. Deutschland. Laufende Nr. 54.

<sup>18</sup> Ebenda, s.v. Juden. Laufende Nr. 183.

nehmen der Bevölkerung mit den Deutschen gesteigert werden solle.<sup>19</sup> Bestimmte Themenstellungen waren aus der Berichterstattung der Ostpresse ausgenommen, z.B. Sterilisationsfragen, Gerüchte über eine beabsichtigte Germanisierung der Ostgebiete<sup>20</sup> oder – im historischen Bereich – Aufsätze zur Urheimat der Slawen, der früheren Ausbreitung der Völker des baltischen Raumes oder zur rassischen Zugehörigkeit der östlichen Steppenvölker.<sup>21</sup>

Beim Thema "Nationalismus" war folgendes zu beachten:<sup>22</sup> Der Volkstumsgedanke in den besetzten Ostgebieten bedeute für das Deutschtum – mit Ausnahme des imperialen Herrschaftsanspruch des russischen Volkstums – keine akute Bedrohung, sondern stelle sogar einen Wall Europas gegen den Osten dar. Deutschland beabsichtige daher nicht, die Menschen im Osten ihres Volkstums zu berauben, sondern sichere ihnen die freie Entfaltung ihrer Sprache, ihres Brauchtums und sogar die Pflege ihrer nationalen Symbole zu. Jedoch könnten radikale Nationalisten nicht geduldet werden, da sie von Feindmächten mißbraucht würden. Um dies zu verhindern, müßten sämtliche volkstümliche und kulturelle Äußerungen laufend kontrolliert werden. Die Forderung nach staatlicher Selbständigkeit und politischer Organisation sei in der Ostpresse nicht erlaubt. Im Generalbezirk Weißruthenien und im RKU sei diesbezüglich ein höchst strenger Maßstab anzulegen, da hier ein Durcheinander an Extremen, ein geringer Sinn für politische Realität sowie ein Hang zur maßlosen Ausnützung jeder Freiheit herrsche. Soweit aber keine imperialen Ansprüche geäußert würden (z.B. die Bezeichnung der Ukraine oder Weißrutheniens als russische Gebiete), dürfe sich auch die russische Presse eingeschränkt mit nationalen Belangen befassen.

Personen der russischen Geschichte erforderten eine besondere Darstellung: Peter der Große sollte – neutraler – als "Peter I." apostrophiert und als Vertreter des russischen Imperialismus behandelt werden.<sup>23</sup> Als weiterer Vertreter des russischen Imperialismus wurde die Erwähnung von Iwan dem Schrecklichen empfohlen. Allerdings sollte bei der "Aus-

einandersetzung mit dem Osten stets der Bolschewismus im Vordergrund stehen".<sup>24</sup> Aufsätze, die in der Ukraine oder allgemein "im Osten die Heimat der Indogermanen (Arier) suchten, seien unzulässig"<sup>25</sup>. Geschichtliche Darlegungen über die besetzten Ostgebiete waren nur erwünscht, wenn sie den deutschen Einfluß auf die Ostvölker hervorheben würden oder europazugewandte Strömungen der betreffenden Völker verarbeiteten. Strittige historische Fragestellungen hatten zu unterbleiben, ebenso ein Ausspielen der einzelnen Völker gegeneinander. Stellungnahmen gegen den russischen Imperialismus, Panlawismus, "polnische Großmachtbestrebungen der Vergangenheit" und die "verderbliche Rolle der Juden" in der Geschichte des Ostens waren dagegen anzustreben.<sup>26</sup>

Bei Berichten über den Freiheitskampf anderer Länder sollte besonders darauf geachtet werden, daß sie nicht als "Sprungbrett benutzt würden zu unerwünschten Kommentaren über die Rechte der Völker auf Freiheit, Selbständigkeit, Unabhängigkeit und Eigenstaatlichkeit". Die Behandlung von Freiheitskämpfen der Ostvölker war nur insofern gestattet, als sie "naheliegende Parallelitäten zur heutigen Frontstellung" erlaubten.<sup>27</sup>

Für Begriffe der ukrainischen Geschichte und Geographie, die in der Presse abgehandelt wurden, mußten ebenfalls bestimmte Raster und Vorschriften der Zensur eingehalten werden: Die Bezeichnung Ukraine war nur dem Gebiet des Reichskommissariats vorbehalten,<sup>28</sup> ohne den vom Generalgouverneur verwalteten galizischen Bezirk Lemberg und ohne Transnistrien, das "stets als von Rumänien besetztes Gebiet zu bezeichnen"<sup>29</sup> war. Bei Odessa genügte nicht nur der Zusatz "besetztes Gebiet", sondern es war dabei immer der Ausdruck "von Rumänien besetztes Ostgebiet" anzuwenden.<sup>30</sup> "Weißrußland" solle konsequent durch "Weißruthenien" ersetzt werden. "Weißrußland" sei ein vom Moskauer Imperialismus geprägter Begriff, der die Zusammengehörigkeit "Weißrutheniens" mit Rußland dokumentieren wolle.<sup>31</sup> Insgesamt mußte im-

<sup>19</sup> Ebenda, s.v. Greuermeldungen. Laufende Nr. 135.

<sup>20</sup> Ebenda, s.v. Germanisierung. Laufende Nr. 131.

<sup>21</sup> Ebenda, s.v. Sterilisation. Laufende Nr. 382 und s.v. Rassen. Laufende Nr. 353.

<sup>22</sup> Ebenda, s.v. Nationalismus. Laufende Nr. 277.

<sup>23</sup> Richtlinien, s.v. Peter der Große. Laufende Nr. 328. Korrespondierend dazu wurde Peter der Große von der Stalinschen Propaganda während des Zweiten Weltkrieges wieder bevorzugt herausgehoben.

<sup>24</sup> Ebenda, s.v. Imperialismus. Laufende Nr. 178.

<sup>25</sup> Ebenda, s.v. Indogermanen. Laufende Nr. 180.

<sup>26</sup> Ebenda, s.v. Geschichte. Laufende Nr. 132.

<sup>27</sup> Ebenda, s.v. Freiheitskampf. Laufende Nr. 105.

<sup>28</sup> Ebenda, s.v. Ukraine. Laufende Nr. 422.

<sup>29</sup> Ebenda, s.v. Transnistrien. Laufende Nr. 401.

<sup>30</sup> Ebenda, s.v. Odessa. Laufende Nr. 301.

<sup>31</sup> Ebenda, s.v. Weißrußland. Laufende Nr. 463.

mer darauf geachtet werden, daß dann, wenn die Rede von den besetzten Ostgebieten war, diese klar aufgeteilt wurden in von Deutschland, Rumänien oder Finnland okkupierte oder verwaltete Zonen. Mit dem Ausdruck "Ostgebiete" selbst wurden alle Territorien der einstigen UdSSR umfaßt, die bereits in Besitz genommen seien oder "noch vor der Besetzung" stünden.<sup>32</sup> Die Ukraine dürfe auch nicht als "Kornkammer Europas" bezeichnet werden, "um nicht falsche Hoffnungen auf landwirtschaftliche Massenerzeugnisse aus der Ukraine in das Reich zu erwecken".<sup>33</sup>

In bezug auf die ukrainische Bevölkerung und Bevölkerungsteile sollte keineswegs der Eindruck entstehen, daß es sich dabei um eine homogene Zusammensetzung handele. So mußte bei "Kosaken" allgemein darauf hingewiesen werden, daß es verschiedene Kosakengruppen gab, z.B. die Kuban-, Terek-, Don-, Astrachan-, oder Ural-Kosaken. Nachdrücklich wird jedoch Wert darauf gelegt, daß diese unterschiedlich zu behandeln seien, "um nicht den Eindruck zu vermitteln, als bestände ein geschlossenes, ethnisch einheitliches Kosakentum".<sup>34</sup> Die Bezeichnung "Rußlanddeutsche" sollte grundsätzlich durch den Sammelnamen "Ostraum-Deutsche" ersetzt werden oder im einzelnen durch Bezeichnungen wie "Schwarzmeer-Deutsche, Kaukasus-Deutsche".<sup>35</sup>

Insgesamt durfte wie in den anderen besetzten Gebieten in den Veröffentlichungen im RKU nichts gedruckt werden, was die Idee einer ukrainischen Eigenstaatlichkeit hätte unterstützen können. Verweise auf die ukrainische Kultur waren hingegen erlaubt. Speziell für ukrainische Leser dürfte ein Schlagwort seine Wirkung nicht verfehlt haben: die Neuordnung Europas und die Zugehörigkeit der Ukraine zu Europa (im politischen Sinn). Zuerst im Verband des Russischen Reiches, dann der Sowjetunion fühlten sich die Ukrainer an den Rand Europas gedrängt, schlimmer aber noch, als Teil von Europa vergessen. Wenn nun wieder eine Verbindung hergestellt wurde, so dürfte dies für manche nicht unbedeutend gewesen sein. Daß dieses Europa allerdings nicht auf demokratischen Regeln aufgebaut war, sondern durch die Vorstellungen Hitlers, war der Propaganda nicht zu entnehmen.

<sup>32</sup> Ebenda, s.v. Ostgebiete (besetzte). Laufende Nr. 307.

<sup>33</sup> Ebenda, s.v. Kornkammer Europas. Laufende Nr. 216.

<sup>34</sup> Ebenda, s.v. Kosaken. Laufende Nr. 217.

<sup>35</sup> Ebenda, s.v. Rußlanddeutsche. Laufende Nr. 364.

Die Räumung der Ukraine – am 31. Januar 1943 war die Wehrmacht bei Stalingrad geschlagen worden, am 12. August 1943 fiel Charkiv wieder in sowjetische Hände, Kiev am 6. November 1943 – schien eine weitere Klärung der propagandistischen Darstellung der ukrainischen Frage nötig zu machen. Daher veröffentlichte das RMfdbO im April 1944 eine Verordnung, die nunmehr bei der Pressearbeit zu beachten war.<sup>36</sup> Zu diesem Zeitpunkt wird endgültig deutlich, daß die Propaganda versuchen sollte, den drohenden militärischen Kollaps zu verschleiern und zudem ein letztes Aufgebot zu mobilisieren. In der Verordnung wurde festgelegt, daß insbesondere auf die evakuierten Ukrainer, die ukrainischen Ostarbeiter und Freiwilligenverbände eingegangen werden mußten. Fünf Grundsätze waren diesen Gruppen gegenüber zu betonen: Die Deutschen kämen wieder; die Ukrainer gehörten zu Europa; Deutschland habe dem ukrainischen Volk Leben, Freiheit, Ordnung, eigenes Land und Brot gebracht; die Evakuierten würden nach der Wiedereroberung der Ukraine in die Heimat zurückkehren, sowie der Einsatz aller Kräfte des ukrainischen Volkes sei das Gebot der Stunde. Inhaltlich sollte hervorgehoben werden, daß trotz der schwierigen Lage im Krieg während der deutschen Besatzung 1941 – 1943 in weiten Gebieten der Ukraine mehr und mehr die Ordnung Platz ergriffen habe. Dies hätten die deutsche Agrarordnung 1942 und die Eigentumsdeklaration 1943, die das Kolchossystem schrittweise beseitigt habe, die Religionsfreiheit, die Sicherstellung der Ernährung des ukrainischen Volkes und die fortschreitende Konsolidierung des öffentlichen Lebens auf den Gebieten der Kriegswirtschaft, der Währung, des Verkehrs und des Handwerkswesens gezeigt. Die Rückkehr in die Ukraine wurde als selbstverständliche Handlung geschildert. Dabei würde der Aufbau genauso planvoll wie in den Jahren 1941 – 1943 geschehen. Als eine Bedingung dafür, daß die Ukrainer partizipieren könnten, wurde jedoch darauf verwiesen, daß sie sich in den Befreiungskampf der Völker Europas und damit der Befreiung der Ukraine stellen sollten. Das ukrainische Volk müsse sich mit allen Kräften in die Kriegsfront einreihen und bereit sein, für seine Zukunft Opfer auf sich zu nehmen. Dies war die entscheidende Aussage der Propaganda, der Versuch, die Ukrainer in das Heer zu rufen, da sie moralisch dazu verpflichtet seien, zugleich aber davon abzulenken, wie die tatsächliche Situation der Armee aussah.

<sup>36</sup> Richtlinien des Reichsministeriums für die besetzten Ostgebiete vom April 1944 für die Behandlung der ukrainischen Frage in Presse und Propaganda, in: Die faschistische Okkupationspolitik in den zeitweilig besetzten Gebieten der Sowjetunion, Nr. 254 (S. 556-558).

### 1.3 Besondere Propaganda-Aktionen

Einer besonderen Propaganda-Aktion bedurfte die Einführung der sogenannten "Neuen Agrarordnung", die Hitler am 15. Februar 1942 in Kraft setzte. Das Ziel war, das Interesse der Bauern an seiner Arbeit zu heben, ohne die bestehenden Agrarstrukturen zu verändern. De facto wurden die bestehenden Kolchosen nur umbenannt in "Landbaugenossenschaften", in denen der Boden weiterhin gemeinsam bearbeitet wurde, wenn auch jedem Kolchosemitglied nun ein bestimmtes Landstück zum Eigenanbau übergeben wurde. An der Tatsache der Kollektivwirtschaften änderte sich nichts. Dies den ukrainischen Bauern beizubringen, die von den Deutschen die Rückgabe der enteigneten Güter und die Verteilung des Landes erwarteten und in ihren Hoffnungen bitter enttäuscht wurden, war die schwierige Aufgabe insbesondere der von der Besatzungsmacht eingesetzten deutschen Landwirtschaftsführer. Diese bekamen aus Berlin detaillierte Vorgaben, zusammengefaßt in den "Anweisungen für Propagandisten und Landwirtschafts-Führer zum Agrar-Erlaß". Die beigelegten Druckerzeugnisse auf Russisch, Ukrainisch und Weißrussisch bestanden aus Merkblättern, Bild- und Textplakaten, Faltblättern und Wandzeitungen. In dieser Werbung ging man auf die spezifische Situation der bäuerlichen Bevölkerung ein, wobei man weniger auf deren logische, als auf ihre gefühlsmäßige Argumentation anspielte. Speziell das Plakat "Lachender Bauer" besaß die Aufgabe, "stimmungsmäßig durch seinen Text Die 'Deutschen geben mir und jedem tüchtigen Bauern Land' den Agrar-Erlaß auszuwerten". Ein ähnliches Plakat "Bauer mit Garbe" diente ebenfalls der gefühlsmäßigen Beeinflussung besonders der Bevölkerung auf dem Land.<sup>37</sup> Dagegen sollte das Plakat "Arbeiter und Bauer unter Sowjetjoch" das "Sowjet-schlagwort 'Arbeiter-Bauern-Macht'" symbolisieren und an die unbefriedigenden Zustände der Vergangenheit erinnern.<sup>38</sup>

Darüber hinaus versuchte man, mit Argumenten zu werben. Informativer Natur waren die Merkblätter, die mit einer Auflage von immerhin acht Millionen "den Wert des Agrar-Erlasses in volkstümlicher Form" zu vermitteln hatten. Ein Plakat zum Merkblatt ("Händeplakat") sollte auf das Blatt hinweisen. Ein zusätzliches Textplakat war an Ort und Stelle herzustellen und, mit der Unterschrift des zuständigen "Hoheitsträgers" versehen, öffentlich auszuhängen. Der Text dieses Pla-

kates war frei zu gestalten, ein Muster schlug folgenden Wortlaut vor: "Die deutsche Regierung, die Euch befreit hat, hat den Befehl erteilt, den Bauern das Land zur individuellen Nutzung zu geben. [...] Warte ruhig ab und erfülle Deine Pflicht am Aufbau Deiner Heimat. Um so früher wirst auch Du Dein Land erhalten."<sup>39</sup>

Ein Dauerplakat mit dem vollständigen Text des Agrar-Erlasses sowie Vor- und Nachwort des Reichsministers Rosenberg sollte speziell in den Stuben der örtlichen Landwirtschaftsführer und den Versammlungsräumen aufgehängt werden, damit der Landwirtschaftsführer Gelegenheit habe, den Bauern die einzelnen Punkte des Erlasses zu erklären, breit angelegte Musterausführungen waren abgedruckt. Die Schrift beinhaltete wie ein Katechismus die Beantwortung von möglichen Fragen der Bevölkerung an die Landwirtschaftsführer, beispielsweise: Warum müssen zum Teil vorläufig noch "Gemeinwirtschaften" beibehalten werden? Die in wörtlicher Rede vorformulierte Antwort besagte dazu: "Wir sind in Deutschland an Ordnung gewöhnt, und wir wollen auch euch Ordnung bringen." Allerdings sei nicht genug deutsches landwirtschaftliches Verwaltungspersonal vorhanden, um in allen Dörfern auf einmal eine neue Ordnung zu schaffen. Es müsse vermieden werden, daß bei Landverteilungen die Frechsten das meiste und die Bescheidensten das geringste erhielten, was in einigen Dörfern geschehen sei, wo die Bauern selbständig die Kolchosen aufgelöst und das Land verteilt hätten.<sup>40</sup>

Die Frage "Warum Landbau-Genossenschaften und nicht Einzelhöfe?"<sup>41</sup> war dergestalt zu beantworten: Man solle sich an die Stolypinsche Agrarreform erinnern. Damals sei nach 10 Jahren intensiver Arbeit noch nicht einmal der fünfte Teil der Bauern auf Einzelhöfen angesetzt gewesen. Zu einem Bauernhof gehörten aber nicht die Hütten, in denen jetzt die Arbeiter lebten, sondern Gebäude wie ein Wohnhaus, ein Stall und eine Scheune samt Inventar. Dies zu errichten und wiederherzustellen nehme jedenfalls noch längere Zeit in Anspruch. Das bereits zugeteilte Feldstreifen zum Eigenanbau dürfe jedoch später auf jeden Fall einbehalten werden. In der Landbau-Genossenschaft sei es außerdem jedem freigestellt, soviel Vieh zu halten, wie er wolle.

<sup>37</sup> Anweisungen für Propagandisten u. Landwirtschafts-Führer zum Agrar-Erlaß, S. 5.

<sup>38</sup> Ebenda.

<sup>39</sup> Ebenda, S. 5, 26.

<sup>40</sup> Ebenda, S. 10-11.

<sup>41</sup> Ebenda, S. 11-13.

Wollte ein ukrainischer Bauer wissen: "Warum nicht Aufteilung nach Seelenzahl?", hatte der Landwirtschaftsführer weisungsgemäß zu antworten: Weil im Moment noch viele der Männer in Kriegsgefangenschaft oder von der Roten Armee verschleppt worden seien. Vielleicht kehrten auch Bauern zurück, die von den Bolschewisten vertrieben worden seien. Diese sollten ebenfalls nicht leer ausgehen.<sup>42</sup>

In den in Berlin festgelegten Antworten wird als erstes der Zweifel der Bevölkerung angesprochen, möglicherweise noch durch weitere Einwände verstärkt. Dann aber beginnt die Gegenargumentation, in die sogar Erfahrungen aus der russischen Geschichte eingebaut werden. Letztlich diene die Propaganda anlässlich der "Neuen Agrarordnung" nur dazu, diese als eine nie dagewesene Neuerung einzuführen und davon abzulenken, daß sie die Hoffnungen der Bevölkerung nur zu einem sehr geringen Teil erfüllte. Psychologisch wirkungsvoll dürften auch die Versprechungen gewesen sein, die Bauern würden in Zukunft – der Zeitpunkt wird freilich nicht erwähnt – ihr Land schon erhalten. Damit sollte wohl auch sichergestellt werden, daß die Bauern weiterhin den Besatzern Erwartungen entgegenbrachten.

Die von den Sowjets während des Krieges betriebene Gegenpropaganda – z.B. durch Flugblätter, die von Flugzeugen abgeworfen wurden – war eine Quelle, die von den Deutschen verbreiteten Meldungen zu relativieren. Zwar heißt es in Wehrmachtsberichten, daß die Wirkung "offenbar gering"<sup>43</sup> war, doch ist davon auszugehen, daß keiner eine wie auch immer geartete pro-sowjetische Äußerung vor einem Deutschen deutlich gemacht haben wird.

Neben den von sowjetischer Seite verbreiteten Propaganda war es die sogenannte "Flüsterpropaganda" (russ. Lživaja propaganda, ukr. zlisna propaganda), die den Besatzern zu schaffen machte, da sie schwer zu kontrollieren war. Nur über "vertrauenswürdige Zuträger", Spitzel also, konnte man nähere Informationen darüber einholen.<sup>44</sup> Insgesamt scheint die von den Deutschen im RKU betriebene Propaganda treffend eingesetzt worden zu sein. Sowohl ihre Themen als auch die Wortwahl und die Präsentation waren offenbar genau auf das Zielpublikum ab-

gestimmt. Die von der deutschen Propaganda eingesetzten Medien informierten im nationalsozialistischen Sinn über Vorgänge im RKU, zudem prägten sie auch das offizielle Bild, das die ukrainische Bevölkerung vom "Reich" erhielt. Das Ziel war jedoch offenbar immer – und dies ist mit vielen Beispielen belegbar, – Handlungen zu verschleiern. Grundsätzlich wurde die Bevölkerung im Vergleich zu den Jahrzehnten zuvor mit einem wesentlich größeren Ausmaß an Propaganda und neuen "Informationsquellen" versorgt. Den deutschen Berichten, die davon sprechen, daß diese gerne genutzt wurden, kann man wohl durchaus Glauben schenken. Ob die übermittelten Informationen von der ukrainischen Bevölkerung jedoch für bare Münze genommen wurden, ist wiederum anzuzweifeln, denn daß die veröffentlichte Meinung derjenigen des Zensors entsprach, hatte man bereits aus den Erfahrungen der Sowjetherrschaft gelernt.

<sup>42</sup> Anweisungen für Propagandisten u. Landwirtschafts-Führer zum Agrar-Erlass S. 15.

<sup>43</sup> IfZ MA 488/1: Feldkomm. 607, Abt. VII. Lagebericht für die Zeit vom 16. März bis 15. April 1942, S. 1.

<sup>44</sup> IfZ MA 488/2: Feldkomm. 197. Militärverwaltungsgruppe. Lagebericht zum 20. 4. 1942. O.U., 20. 4. 1942; hier S. 1.